



Gemeinsame Stellungnahme der Medizinstudierenden und der jungen Ärztinnen und Ärzte zum „Masterplan Medizinstudium 2020“

Die Verbände der Medizinstudierenden und jungen Ärztinnen und Ärzte sehen mit großer Sorge, dass das Medizinstudium einseitig an symbol- und versorgungspolitischen Erwägungen ausgerichtet werden soll, die dem Wesen einer wissenschaftlich begründeten universitären Ausbildung widersprechen und die Überregulierung des Studiums verschärfen. Der Prozess des Masterplans muss genutzt werden, um Studieninhalte und die Lehrbedingungen von Grund auf zu modernisieren und qualitativ auszubauen.

Studieninhalte sollten aus sich heraus und wissenschaftlich begründet sein. Wir lehnen es daher kategorisch ab, dass die Zulassungs- und Ausbildungsbedingungen mit dem Ziel verändert werden, regionale und fachspezifische Versorgungsprobleme zu lösen. Dieser sich anbahnende Prinzipienbruch ist nicht nur untauglich, sondern gefährdet die Qualität der ärztlichen Ausbildung und letztlich auch die Qualität der Patientenversorgung in Deutschland.

Regionalen und fachspezifischen Versorgungsengpässen muss vor allem durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen begegnet werden. Eine gezielte Unterstützung der Niederlassung im ländlichen Raum, eine intensivere Förderung der ambulanten Weiterbildung und attraktive Stipendienprogramme für Studierende sind beispielsweise geeignete Maßnahmen, um auf Dauer dem Ärztemangel flächendeckend entgegenzuwirken. Die geplante „Landarztquote“, die vorsieht, dass Abiturientinnen und Abiturienten sich auf einen Tätigkeitsbereich und eine Region vertraglich festlegen, widerspricht dagegen grundlegend unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung und negiert, dass sich der Interessenschwerpunkt während des Medizinstudiums ändern kann. Wir sind sicher, dass Ärztinnen und Ärzte, die in einem freiheitlichen Rahmen ihren Tätigkeitsschwerpunkt selbst festlegen dürfen, der Versorgung unserer Bevölkerung am besten dienlich sind. Deshalb plädieren wir nochmals entschieden für den Erhalt der Wahlfreiheit im Praktischen Jahr (PJ), um eigenen fachlichen Interessen gezielt nachgehen und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten ausloten zu können.

Schon jetzt können Medizinstudierende durch verschiedene Studienabschnitte sowie die Wahlmöglichkeit im PJ den ambulanten Versorgungsbereich kennenlernen. Das halten wir für gut und richtig. Die geplante Pflichtprüfung Allgemeinmedizin wird das Interesse an diesem Fach aber nicht stärken. Die Motivation der Studierenden, nach dem Studium ein bestimmtes Fachgebiet zu wählen, kann nur durch zusätzliche Anreize und verbesserte Arbeitsbedingungen gesteigert werden und nicht durch zusätzliche Pflichtabschnitte im PJ.

Eine Politik, die zulasten einer guten ärztlichen Ausbildung geht, kann nicht im Interesse der Versorgung der Patientinnen und Patienten sein. Daher rufen wir die politisch Verantwortlichen im Bund und in den Ländern dazu auf, im Rahmen der bevorstehenden Reform des Medizinstudiums praxistaugliche und an den Ausbildungserfordernissen orientierte Maßnahmen zu beschließen. Dementsprechend ist es erforderlich, dass wir an dem Prozess des Masterplans aktiv beteiligt werden, um gemeinsam ein zukunftsfähiges Medizinstudium zu gestalten.



**Bundesvertretung der
Medizinstudierenden in
Deutschland**



Bündnis JUNGE ÄRZTE



**Medizinstudierende und
junge Ärztinnen und Ärzte
im Hartmannbund**



**Medizinstudierende und
junge Ärztinnen und Ärzte
im Marburger Bund**